Mit der Liberalisierung des Strommarkts ist der Wettbewerb um die Haushaltskunden voll entbrannt. Die Strompreise sind um 10 bis 50 Prozent oder sogar mehr gesunken, und die äußerst homogene Ware Strom wird im Gewand ganz verschiedener Produkte vermarktet. Inzwischen stellt sich eine Mehrheit der Bevölkerung die Frage, welche Farbe wohl Strom hat oder haben sollte. Wer all dies vor nur knapp zwei Jahren prognostiziert hätte, wäre als Fantast belächelt worden.

Aber nicht nur der Wettbewerbsumfang ist unerwartet groß. Der Preiskampf um Kunden in allen Sektoren führte schnell zu Preisniveaus, die nur noch mit dezidierten Verdrängungsstrategien zu erklären sind. Wie hoch auch immer die Produktionskosten in den weitgehend abgeschriebenen Kraftwerken wirklich sein mögen, die von den großen Energieversorgern lauthals verkündeten Verzinsungsansprüche von bis zu 20 Prozent werden sich mit den derzeitigen Kampfpreisen keinesfalls erfüllen lassen. Während es Betreibern von Kernkraftwerken hierzulande weiter möglich ist, mit ihren Entsorgungsrückstellungen in Höhe von 70 Milliarden Mark so hohe Finanzerträge zu realisieren, dass sie ihre Strombereitstellungskosten kurzfristig um ein Fünftel drücken können, wird der wirtschaftliche Spielraum für viele andere Unternehmen immer enger. Dies gilt vor allem – aber durchaus nicht nur – im kommunalen Raum. Seit 1990 hat die Branche etwa ein Viertel der Arbeitsplätze abgebaut, in den nächsten Jahren wird wohl nochmals die gleiche Menge folgen. Zugleich rollt eine massive Fusionswelle. Der Strommarkt in Deutschland wird zukünftig weit weniger Anbieter als die heutigen etwa 1000 umfassen.

Dieser Verdrängungswettbewerb hat Folgen. Auch wenn viele Marktakteure sich nach außen dem Qualitätswettbewerb verschrieben haben, spielen in der bisherigen Realität des Wettbewerbs die Preise die dominierende Rolle. Bei einer Vielzahl von Unternehmen wurden die seit Anfang der neunziger Jahre zaghaft begonnenen Versuche, in ökologisch orientierte Marktsegmente vorzudringen und Energieeinsparung sowie erneuerbare Energien besonders zu fördern, relativ abrupt beendet. Auch der wohl größte umweltpolitische Aktivposten der kommunalen Stromwirtschaft, die gekoppelte und damit umweltfreundliche bzw. energieeffiziente Erzeugung von Strom und Wärme in großen

Eine Bilanz von zwei Jahren Wettbewerb auf dem Strommarkt

Stärkere Flankierung erforderlich

Im April 1998 endete in Deutschland die über sechzigjährige Monopolwirtschaft in der Stromversorgung. Nur wenige haben sich damals vorstellen können oder wollen, wie rasant sich dieser große und vor allem auch ökologisch besonders sensible Sektor verändern würde. Eine erste Bilanz fällt jedoch nicht nur positiv aus.

oder auch dezentralen Heizkraftwerken, wird hierdurch zunehmend infrage gestellt. Die ökologischen Negativeffekte einer Stilllegung von nur wenigen Heizkraftwerken übertreffen deutlich die Entlastungseffekte des vielgelobten 100.000-Dächer-Solarprogramms! Hier sind politische Gegenmaßnahmen (nicht nur) aus umweltpolitischem Interesse dringend nötig. Das genannte Programm sowie das neue Einspeisungsgesetz für erneuerbare Energien können hier nur ein Anfang sein.

► Kleine Hoffungszeichen

Ist die Bilanz also durchweg nur bedrückend? Keineswegs: Ebenfalls schneller als von vielen erwartet, haben sich eine Vielzahl von Akteuren mit ökologisch orientierten bzw. entsprechend deklarierten Angeboten auf den Markt gewagt. So gab es Ende 1999 in Deutschland etwa 80 Anbieter, die Ökostrom offerierten; davon sind etwa ein gutes Dutzend überregional und deutschlandweit tätig. Ihre Marktanteile scheinen im Moment noch gering, sind aber bei näherem Hinsehen durchaus beachtenswert. Zu berücksichtigen ist dabei, dass das Produkt Ökostrom vor allem auf die privaten Haushaltskunden ausgerichtet ist. Einigermaßen praktikable Regelungen für deren Belieferung kommen jedoch nur mühsam und unter vielfältigen Konflikten zustande, daher ist die Wechselrate der Kunden (noch?) ausgesprochen gering.

Immerhin haben sich im Durchschnitt immerhin fünf bis zehn Prozent derjenigen Kunden, die überhaupt den Anbieter oder das Produkt gewechselt haben, für Ökostrom entschieden. Fortsetzen wird sich dieser Trend jedoch nur, wenn es gelingt, die Glaubwürdigkeit des Produkts Ökostrom auszubauen. Momentan sind auf diesem Teilmarkt auch eine ganze Reihe zweifelhafter Anbieter oder Produkte zu beobachten. Hier sind flankierende Aktivitäten wie die Ökostrom-Zertifizierung oder eine allgemeine Deklarationspflicht dringend notwendig.

Zwei Jahre Marktöffnung im Stromsektor lehren vor allem, dass keines der zahlreichen Modelle, die Strommarktöffnung einzugrenzen, sich aus wettbewerblicher Sicht als praktikabel erwiesen hat. Obwohl anfangs rigide abgelehnt und so auch nicht im Pflichtenkatalog der EU-Marktöffnungsrichtlinie enthalten, fangen eine Reihe von Unternehmen an, ihre Stromerzeugungsaktivitäten vom Netzbetrieb und der Absatzwirtschaft auch gesellschaftsrechtlich zu trennen. Obwohl ebenso heftig bekämpft, erweisen sich quasi-einheitliche Netzbenutzungstarife als einzig praktikable Lösung. Wettbewerbspolitisch haben sich so eine ganze Reihe durchaus positiver Entwicklungen vollzogen. Angesichts der sehr ungleichen Startpositionen und den sich auch daraus ergebenden ökologisch kontraproduktiven Entwicklungen sind die Geschehnisse auf dem Ökostrommarkt jedoch derzeit nicht mehr als ein Hoffungszeichen.

Eine schnelle Marktöffnung in ökologisch hoch relevanten Sektoren muss unter dem Vorzeichen der Nachhaltigkeit mit einer ebenso schnellen umweltpolitischen Flankierung einhergehen. Diese ist zwar in Umrissen zu erkennen, steht aber in ihren wesentlichen Teilen noch aus. Ein Problem ist der ordnungspolitische Zeitgeist: Wer Liberalisierung als Rückzug von Politik (miss-)versteht, der muss sich schwer tun mit dem Gedanken, dass ein Rückzug von Politik in der Energiewirtschaft eine Stärkung von anderen Sektorpolitiken, vor allem im Umweltbereich, erfordert. Doch genau darum geht es – und zwar schnell!

Der Autor

Dr. Felix Christian Matthes ist Koordinator des Bereichs Energie & Klimaschutz im Berliner Büro des Öko-Instituts.

Kontakt: Öko-Institut, Novalisstraße 10, 10437 Berlin, Tel. 030/ 280486-81, E-mail: matthes@oeko.de

(c) 2010 Authors; licensee IÖW and oekom verlag. This is an article distributed under the terms of the Creative Commons Attribution Non-Commercial No Derivates License (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/>), which permits unrestricted use, distribution, and reproduction in any medium, provided the original work is properly cited.